
UMWELTSCHUTZ KONTRA BESCHÄFTIGUNG

Rezension von: Silke Nissen, *Umweltpolitik in der Beschäftigungsfalle*, Metropolis-Verlag, Marburg 1993, 250 Seiten, DM 30,-.

Unter bestimmten Bedingungen entsteht auf einzelwirtschaftlicher Ebene ein grundlegender Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, der zu einem ernstzunehmenden Hindernis für den Erfolg der Umweltpolitik werden kann. Ein wesentlicher Aspekt dieses Konflikts ist die Zielkonkurrenz zwischen der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Erreichen von Umweltzielen.

Wenn es dem betroffenen Unternehmen gelingt, glaubwürdig mit negativen Beschäftigungswirkungen (umwelt-)politischer Maßnahmen zu drohen, geraten die für die Durchsetzung umweltpolitischer Ziele zuständigen lokalen und regionalen Politiker in einen Konflikt zwischen Wiederwahlinteressen, der Sicherung der Einnahmen der Gebietskörperschaft (Gewerbesteuer, lohnabhängige Steuern) und damit der Erhaltung bzw. Ansiedelung von Arbeitsplätzen und Betrieben einerseits und den (umweltpolitischen) Vorgaben übergeordneter Instanzen andererseits. Der Erfolg des Widerstands gegen umweltpolitische Vorgaben hängt von der Bedeutung eines Unternehmens für den regionalen Arbeitsmarkt ab, wobei große bzw. regionalpolitisch bedeutsame Unternehmen deutlich begünstigt sind.

Die Politikwissenschaftlerin Nissen liefert den Existenznachweis dieses Konflikts sowie eine soziologische Untersuchung des Verhaltens der einzelnen Akteure. Welche quantitative Bedeutung dieser Konflikt wirtschafts-

und umweltpolitisch hat, ist ebenso wie die Suche nach Lösungsmöglichkeiten nicht Gegenstand der Untersuchung.

Dem unternehmerischen Mittel der *Drohung* wird breiter Raum eingeräumt. Die Drohung mit Arbeitskräfteabbau, Standortverlagerungen, dem Unterlassen von Erweiterungsinvestitionen usw. scheint ein sehr wirksames, sofort einsetzbares und vor allem billiges Mittel der Unternehmen zu sein, Umweltauflagen abzuwehren oder zumindest Zeit zu gewinnen. Die größte Wirkung dieser Drohung auf die Politik geht von einer Mobilisierung der Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit zugunsten des Unternehmens aus. Es kommt aufgrund der Einkommensinteressen der Arbeitnehmer zu einer Solidarisierung mit der Betriebsleitung. Dem steht auch nicht entgegen, daß das Umweltbewußtsein der Arbeitnehmer im allgemeinen sehr hoch ist.

Nissen untersucht auch den empirischen Hintergrund der Formel „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze“ und zeigt für Deutschland, daß die Abschätzung der im Bereich Umweltschutz Beschäftigten mit relativ großen Schwierigkeiten verbunden ist (diese Schwierigkeiten sind bei funktionalen Analysen häufig anzutreffen). Der Gesamteffekt auf die Beschäftigung ist nicht überwältigend. Ein Teil dieser Beschäftigten kommt allein durch eine Umdefinition zustande. Das sind insbesondere Arbeitsplätze in den Bereichen Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung. Die Zunahme der Beschäftigten zahlen im Bereich Umweltschutz ist im Zeitablauf gering, die Qualifikationsmerkmale der hier Beschäftigten sind durch ein relativ hohes (und steigendes) Ausbildungsniveau gekennzeichnet. Der Trend hin zur präventiven Umweltpolitik führt zu einer weiteren Verstärkung dieses Effekts. Die Vermutung, daß Sie (im Schnitt weniger qualifizierten) Arbeitsplätze im Be-